

---

# DIE US-WAHL STELLT WEICHEN – AUCH FÜR DIE WISSENSCHAFT

Am 5. November fällt eine wegweisende Entscheidung: Der Ausgang der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl hat weltweit Auswirkungen. Welche Folgen könnte die Wahl der Demokratin Kamala Harris oder eine zweite Präsidentschaft des Republikaners Donald Trump für die Wissenschaft haben, und welche Konsequenzen sollten wir daraus jeweils ziehen?

Seit Jahrzehnten geben die USA für viele Bereiche der Wissenschaft den Takt vor. Davon profitiert die globale Forschung, auch durch Kooperationen. Wie umfangreich die transatlantische Zusammenarbeit ist, zeigt das Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft: Allein im Jahr 2023 veröffentlichte die MPG 3659 Publikationen mit Forschungsgruppen in den USA, so viele wie mit keinem anderen Land. Der transatlantische Austausch umfasst auch die Translation von Forschungsergebnissen, wobei die Kommerzialisierung in den USA oft besser gelingt als in Europa.

Doch seit einigen Jahren stottert der amerikanische Wissenschaftsmotor. Marcia McNutt, Präsidentin der National Academy of Sciences, kritisierte jüngst, dass die USA in der Forschung zurückfielen. Noch seien sie das Land, das insgesamt am meisten in Forschung und Entwicklung investiere. Doch in wenigen Jahren werde China diesen Platz einnehmen. In der Tat hat China die USA in Bezug auf die Gesamtzahl der Publikationen in den Natur- und Technikwissenschaften bereits überholt. Zwar publizieren die USA derzeit noch mehr viel zitierte und damit oft hochwertigere Arbeiten, doch China holt auch bei diesen schnell auf.

→

# ZUR SACHE

---

## PATRICK CRAMER

Patrick Cramer ist seit Juni 2023 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Zuvor forschte der Molekularbiologe als Direktor am Max-Planck-Institut für Multidisziplinäre Naturwissenschaften in Göttingen, wie Zellen die im Erbgut gespeicherte Information auslesen (Gentranskription). 2020 klärte Cramers Gruppe die Struktur der RNA-Polymerase des neuen Coronavirus SARS-CoV-2 auf und visualisierte, wie das Covid-19-Virus seine aus rund 30 000 Bausteinen bestehende RNA vervielfältigt. Für seine Arbeiten wurde Patrick Cramer vielfach ausgezeichnet, zuletzt 2023 mit dem renommierten Shaw-Preis.

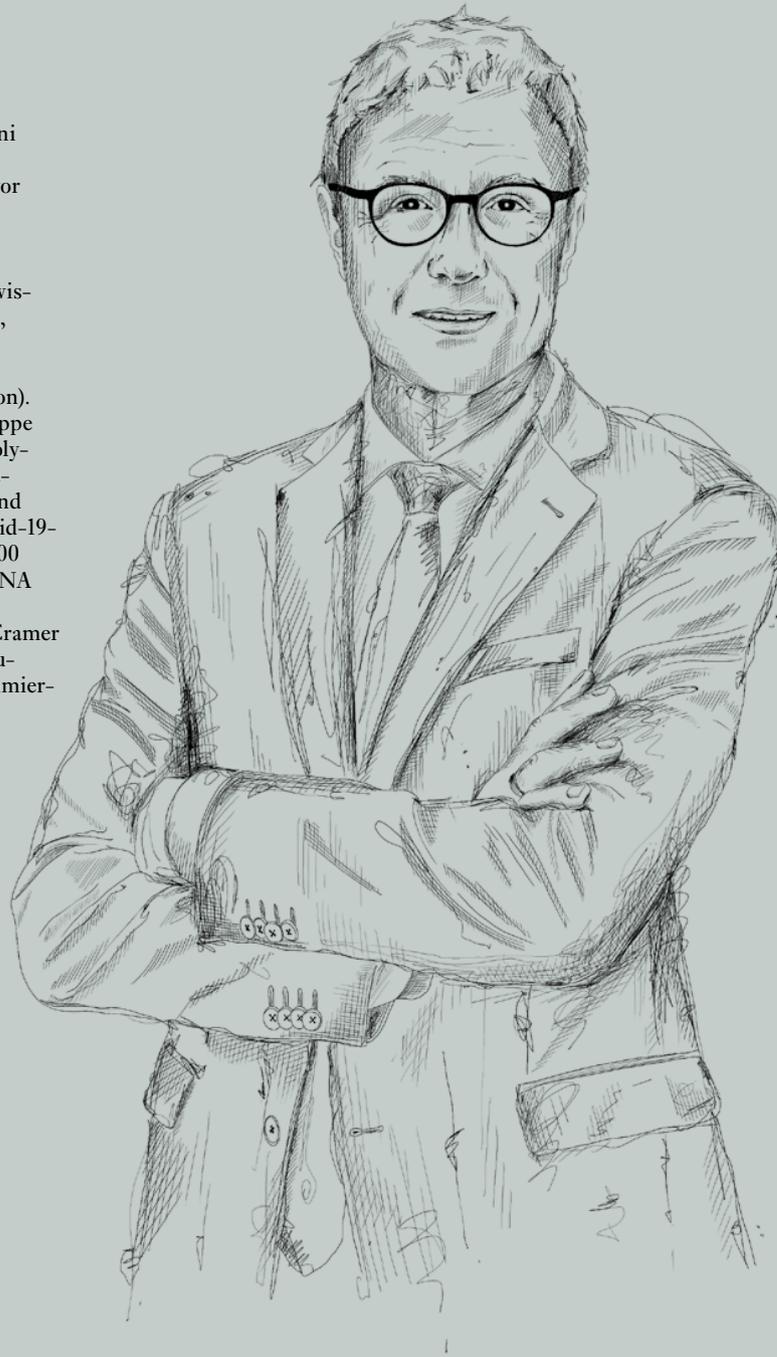


ILLUSTRATION: SOPHIE KETTERER FÜR MPG

---

Um die aktuelle Situation in den USA zu verstehen, hilft ein Blick zurück. Das Jahr 2017 markierte den Beginn einer Politik, die als *war on science* bezeichnet wurde. Die Trump-Regierung ergriff Initiativen, die sich zunächst gegen die *regulatory science* richteten, also die wissenschaftliche Expertise in Behörden. Trump ordnete beispielsweise an, Informationen zum Klimawandel von der Website der Environmental Protection Agency (EPA) zu löschen, und besetzte Personalstellen in der EPA mit Klimawandelskeptikern. Zudem verlegte die Regierung das National Institute of Food and Agriculture und den Economic Research Service aus der Hauptstadt in die Provinz. Damit ging ein personeller Aderlass einher, und viel institutionelles Wissen wurde verloren. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen am 4. November 2020, verbunden mit Trumps Ausspruch: „I don't think science knows“, markierte den traurigen Höhepunkt dieser Entwicklung.

Laut der Datenbank Silencing Science Tracker hat die Trump-Regierung insgesamt 346 wissenschaftsfeindliche Aktivitäten zu verantworten. Diese umfassen die Zensur von Forschungsergebnissen, Budgetkürzungen, Fehldarstellungen wissenschaftlicher Ergebnisse, das Löschen von Forschungsdaten und das Hinwirken auf Selbstzensur von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im öffentlichen Dienst.

Im Gegensatz dazu würde eine von Kamala Harris geführte Regierung wohl wissenschaftsfreundlich agieren und den Kurs der Biden-Regierung grundsätzlich weiterverfolgen. Laut dem früheren Obama-Berater John Holdren weiß Harris um die Bedeutung von Wissenschaft und internationalen Kooperationen – sie führte die Aufsicht über den National Space Council. Nach wie vor arbeiten die USA in der Raumfahrt mit Russland zusammen.

Auch was die Gewinnung von Talenten für die Forschung betrifft, bietet eine mögliche Präsidentschaft von Kamala Harris bessere Perspektiven. Harris setzt sich für Diversität unter Mitarbeitenden ein, für eine bessere Unterstützung der Historically Black Colleges and Universities sowie für die Möglichkeit zum Erlass von Studiendarlehen. Das könnte dazu beitragen, den heimischen Talentpool zu vergrößern. Denn nach wie vor sind die USA in Wissenschaft und Forschung abhängig von internationalen Talenten.

Wenig unterscheiden dürfte sich Harris von Trump im Umgang mit China. Auf dem Parteitag der Demokraten am 22. August betonte Harris, dass die USA ihre weltweite Führungsrolle gegenüber China durchsetzen werden.

## NACH WIE VOR SIND DIE USA IN WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG ABHÄNGIG VON INTERNATIONA- LEN TALENTEN

## DER TREND ZU WENIGER KOOPERATIONEN MIT CHINA WIRKT SICH NEGATIV AUS

Infolge der China-kritischen Politik Trumps ging die Zahl von US-Publikationen mit China zurück, was sich seit 2019 etwa in der Biomedizin klar nachweisen lässt. Der Trend zu weniger Kooperationen mit China setzte sich unter der Regierung Biden fort und wirkt sich in beiden Ländern negativ auf den wissenschaftlichen Fortschritt aus.

Es gibt daher Forderungen aus der US-amerikanischen Wissenschaft, die Kooperationen mit China wiederzubeleben, indem man Grundlagenforschung besser von angewandter Forschung trennt und so die Risiken verringert. Dabei könnte ein neues, 67 Millionen US-Dollar teures Secure Center helfen, das Universitäten und Start-ups beraten soll. Ein solches Zentrum birgt aber die Gefahr, sich in eine Clearing-Stelle zu entwickeln, die die Wissenschaftsfreiheit einschränkt.

Die chinesische Wissenschaft könnte für eine Annäherung an die USA offen sein. Entsprechende Signale gibt es vom Präsidenten der Chinese Academy of Sciences wie auch von Präsident Xi. Allerdings verhandeln die USA und China nun schon seit mehr als einem Jahr über die Verlängerung eines seit 1979 bestehenden Kooperationsvertrags für Forschung und Innovation. Auch wenn viele erwarten, dass der Vertrag verlängert wird, könnte er im Umfang eingeschränkt werden.

19

Europa sollte seinen eigenen Weg gehen und weiter mit China zusammenarbeiten. China ist inzwischen in verschiedenen wissenschaftlichen und technologischen Schlüsselbereichen wie Bio- und Nachrichtentechnologie, Nanomaterialien und Batterien führend. Allerdings fehlt der Europäischen Union eine umfassende Strategie für die Zusammenarbeit mit China. Allgemein anerkannt ist, dass es dabei Risiken gibt, die berücksichtigt werden müssen. Mehrere Forschungsorganisationen haben deshalb bereits Richtlinien erstellt, um solche Risiken zu erkennen und zu minimieren. Ein zusätzliches Beratungsangebot erscheint sinnvoll, aber Entscheidungen zu Forschungsk Kooperationen müssen bei der Wissenschaft verbleiben.

Vor allem aber muss Europas Wissenschaft ihre starke und freundschaftliche Verbindung mit den USA aufrechterhalten. Gleichzeitig müssen wir die Zusammenarbeit und Forschungsqualität im europäischen Forschungsraum stärken und an der Integration der besonders forschungsstarken Nicht-EU-Staaten Großbritannien, Schweiz und Israel in gemeinsame Forschungsprogramme festhalten. Forschungsk Kooperationen mit Ländern im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika sollten wir wissenschaftsgeleitet stärken oder aufbauen und diese Regionen nicht allein China überlassen.

→

---

## EINE WIEDERWAHL TRUMPS WÜRDE DIE TRANSFORMA- TION ZU MEHR NACHHALTIGKEIT ZURÜCKWERFEN

Wir brauchen internationale Kooperationen auch, um globalen Herausforderungen zu begegnen. Die Corona-Pandemie hat uns das eindringlich vor Augen geführt. Trumps Verzicht auf internationale Kooperation und seine Wissenschaftsfeindlichkeit kosteten in der Pandemie Menschenleben. Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten wurde zum „Treiber“ von Desinformation in den sozialen Medien. Die damit einhergehende Polarisierung – das wissen wir aus Modellbetrachtungen – führt dazu, dass die Akzeptanz politischer Entscheidungen weniger von wissenschaftlicher Evidenz als vielmehr von der politischen Gesinnung abhängt. Im Ergebnis kam es zu einer Politisierung der Wissenschaft, die dem akademischen Diskurs und der demokratischen Debatte schadet.

Wir sehen das an dem Kulturkampf, der aktuell an US-Hochschulen verstärkt wieder aufflammt. So sind bereits drei Universitätspräsidentinnen in der Folge propalästinensischer Proteste und politischer Anfeindungen zurückgetreten. Indem Trump konservativen Geldgebern der Universitäten verspricht, diese Bewegung zu stoppen und an den Protesten beteiligte ausländische Studierende auszuweisen, heizt er den Kulturkampf zulasten der Universitäten weiter an. Um den Diskursraum zu schützen, betonen die Hochschulleitungen nun wieder ihre politische Neutralität. Eine Hochschulleitung, die sich politisch grundsätzlich nicht äußert, kann sich aber auch nicht gegen politische Anfeindungen zur Wehr setzen. Genau das macht sie vulnerabler gegenüber politischen Attacken auf die Wissenschaftsfreiheit. Laut dem Academic Freedom Index ist die Wissenschaftsfreiheit in den USA in den vergangenen zehn Jahren bereits signifikant zurückgegangen.

Zwar konnte die Regierung von Joe Biden positive Signale an die Wissenschaft senden. Mit dem Wiedereintritt in die Weltgesundheitsorganisation WHO und in das Pariser Klimaabkommen konnte sie international Vertrauen zurückgewinnen. Eine Wiederwahl Trumps würde die Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit zurückwerfen. Trump leugnet weiterhin den Klimawandel und bezeichnete die derzeitigen Klimaschutzmaßnahmen als „neuen grünen Betrug“. Das Project 2025 der konservativen Heritage Foundation, die Trumps Programm wohl deutlich prägen würde, setzt auf heimische fossile Energiequellen. Und es fordert, den nationalen Wetterdienst zu entmachten, der als „Treiber“ von unberechtigtem Klima-Alarmismus gesehen wird.

Sowohl Project 2025 als auch Trumps Wahlprogramm Agenda 47 wollen den Einfluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Bundes-

## DER POLITISCHE PROZESS MUSS WISSENSCHAFT- LICHE EVIDENZ EINBEZIEHEN

behörden einschränken. Maßnahmen, die Kündigungen erleichtern könnten, sollen wiederaufgenommen werden. Die Wissenschaft wäre dadurch in den Bereichen Umwelt und Klima, aber auch Gesundheit und Agrarwissenschaften besonders gefährdet. Aus Sorge vor einer zweiten Präsidentschaft Trumps werden derzeit Schritte unternommen, um die Forschungsintegrität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Regierungsbehörden zu sichern. In der EPA erhielten im Juli 2024 Tausende einen neuen Arbeitsvertrag, der sie schützt, wenn sie sich auf ihre wissenschaftliche Integrität berufen müssen. Das könnte wissenschaftsfeindliche Übergriffe auf Behörden zumindest erschweren.

Mehr denn je geht es bei dieser US-Wahl also um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Um in der Demokratie einen Konsens auszuhandeln, müssen sich alle Beteiligten auf grundsätzliche Fakten verständigen. Der politische Prozess muss wissenschaftliche Evidenz einbeziehen. Aber er darf auch nicht durch ein simples „Follow the science“ ersetzt werden, denn politisches Handeln muss sich immer auch um Interessensausgleich zwischen den Teilbereichen einer Gesellschaft bemühen.

Welche Gefahren wären also mit einer erneuten Wahl Donald Trumps verbunden? Erstens könnten sich die Arbeitsbedingungen unserer US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen verschlechtern, auch aufgrund von Einschränkungen der akademischen Freiheit. Zweitens könnte die internationale Zusammenarbeit erschwert werden. Drittens könnte ein wissenschaftsfeindliches Klima dazu führen, dass die USA herausragende Persönlichkeiten der Forschung verlieren. Und schließlich könnte die Akzeptanz von Wissenschaft in Politik und Gesellschaft sinken – und das würde auch die Unterstützung für Wissenschaft gefährden.

Eine wissenschaftsfeindliche Politik unter einer erneuten Trump-Regierung würde sich aber nicht nur auf die USA auswirken. Sie würde auch die weltweite Forschung bremsen und könnte sogar Wertvorstellungen im Wissenschaftssystem verändern. Auch deshalb bedeutet die US-Wahl eine Weichenstellung für die globale Forschung. Umso wichtiger wird es sein, dass die Wissenschaft in Deutschland und in Europa unabhängig vom Ausgang der US-Wahl transatlantische Kooperationen fortsetzt, die internationale Zusammenarbeit mit anderen proaktiv weiterentwickelt und Resilienz gegenüber wissenschaftsfeindlichem Populismus zeigt.

*Unter [www.mpg.de/20680665/interviews-namensbeitraege](http://www.mpg.de/20680665/interviews-namensbeitraege) ist der Beitrag mit Quellenangaben abgelegt.*